



**Programm zur Wien-Wahl 2025**

**GEMEINSAM**

**FÜR LEISTBARES**

**WOHNEN**

**KPÖ &  
LINKS**

**~~Ö~~KPÖ**

# **LIEBE WIENERIN, LIEBER WIENER**

Großstädte wie Wien sind zentrale Schauplätze der sozialen und ökonomischen Konflikte des Kapitalismus. Wohnräume werden zu Anlageobjekten für Spekulant:innen. Öffentlicher Grund wird privatisiert, obwohl er ohne staatliche Infrastruktur niemals profitabel wäre. Investorengruppen reißen Altbauten ab, nicht um die Lebensqualität neuer Bewohner:innen zu verbessern, sondern um höhere Gewinnmargen zu erzielen. Im Namen der Aufwertung von Stadtteilen werden Wiener:innen mit niedrigerem Einkommen verdrängt und anschließend allein gelassen. Im verdichteten Leben der Großstadt gilt als öffentliches Interesse, was am meisten Geld abwirft. Dagegen braucht es eine soziale Kraft, die diese Probleme anspricht und für die Interessen der Bevölkerung Partei ergreift.

Die Krisen der vergangenen Jahre setzen die Wiener:innen stark unter Druck. Für immer mehr Menschen ist das Leben kaum noch leistbar. Doch die Teuerung trifft nicht alle gleich. Schrankenlose Märkte ermöglichen Spekulationen, treiben Preise nach oben und verschärfen Ungleichheit. Banken, Versicherungen und die großen Energiekonzerne waren die Gewinner der Teuerung der letzten Jahre. Druck auf Löhne, niedriges Arbeitslosengeld und

steigende Lebenserhaltungskosten – Mieten, Energie, und Lebensmittel – machen es schwer, sich ein würdevolles Leben zu leisten. Die großen Profite werden von der Bundesregierung kaum oder gar nicht angetastet, während sie Milliarden in Aufrüstung steckt. Die gegenwärtige Inflation ist eine große Umverteilungsaktion von unten nach oben.

## ***Kannst du dir Wien noch leisten?***

Unser Wohlstand wird von uns allen erarbeitet: Im Betrieb, in der Pflege, in den Schulen, am Bau oder unbezahlt zu Hause. Statt Profitmaximierung zugunsten von Aktionär:innen und Managerboni zu betreiben, müssen wir Preise regulieren, Löhne erhöhen und sukzessive die Verkürzung von Arbeitszeit vorantreiben.

Die Preise müssen runter! Mit menschlichen Grundbedürfnissen dürfen keine Profite gemacht werden. Wohnen, Energie, Nahrung und Mobilität müssen abseits des Marktes organisiert und für alle kostengünstig zugänglich sein. Gerade in Krisenzeiten wie jetzt braucht es dafür Preiskommissionen und wirksame Preiseingriffe. Am einfachsten ginge das bei den städtischen Betrieben, denn sie befinden

sich in unser aller Eigentum.

Die SPÖ hat in Wien über Jahrzehnte hinweg ihre Macht in den Strukturen und Apparaten der Stadt kompromisslos einzementiert. Das betrifft die Verwaltung in den Magistraten und dem Gesundheitsverbund, Wiener Wohnen, die stadt eigenen Betriebe, die Wiener Linien und vieles mehr. Das muss ein Ende haben! Wien gehört allen, nicht der SPÖ, und muss in sämtlichen öffentlichen Bereichen transparent sein. Deshalb treten wir für echte Mitbestimmung und Mitverwaltung bei Wien Energie, Wiener Linien und Wiener Wohnen ein!

Demokratie bedeutet auch, dass Entscheidungen darüber, wie wir leben wollen, wirklich in unserer Hand liegen, nicht in der von Konzernen und Spekulant:innen. Das geht von der Energieversorgung bis zum Wohnraum. Die Infrastruktur von allgemeinem Interesse muss entsprechend unseren Bedürfnissen verwaltet werden.

## ***Deshalb sagen wir:***

### **Energie ist ein Grundrecht!**

Immer mehr Menschen sind von Energiearmut und -abschaltungen betroffen. Deswegen braucht es eine Energiegrundsicherung für alle Menschen

in Wien. Der Grundbedarf an Strom und Heizenergie muss jedem Haushalt kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinausgehender Mehrverbrauch muss progressiv teurer werden, um einen Anreiz zum Energiesparen zu setzen. Die Wien Energie ist im Eigentum der Stadt. Damit ist eine Energiegrundsicherung machbar, wenn die politischen Voraussetzungen geschaffen werden. Am Weg dorthin kann die Abschaffung der Grundgebühr (Netzkosten) stehen, die Mehrverbrauch belohnt. Es darf keine Leitungsunterbrechungen (zum Beispiel "Strom abschalten") geben, wenn die Energiekosten nicht bezahlt werden können.

### **Wohnen ist ein Grundrecht!**

Der Markt regelt nichts. Leistbares Wohnen ist eine politische Entscheidung. Das Recht auf Wohnraum ist ein verbrieftes soziales Menschenrecht, einklagbar ist es aber nicht. Deshalb braucht es eine gesellschaftliche Anstrengung, diesen Wohnraum bereitzustellen: Gemeindebauten am Stand der Zeit, orientiert an den vielseitigen Bedürfnissen der Menschen in Wien. Dafür ist viel zu tun, denn trotz guter Voraussetzungen erleben Menschen mit den städtischen Wohnungen auch Ignoranz und Schikane.

Wiener Wohnen tritt als gesichtsloser Koloss auf, der die individuellen Nöte und Anliegen seiner Mieter:innen nicht entsprechend ernst nimmt.

### **Gesunde Ernährung ist ein Grundrecht!**

Jedem Kind ein warmes Mittagessen? Selbstverständlich! Wir machen Druck für die gesunde Ernährung der Kinder Wiens. Und in der Ernährungssicherheit geht noch mehr. Stellen wir uns ein Wien vor, in dem an zentralen Verkehrsknotenpunkten öffentliche Kantinen täglich fünf Gerichte anbieten – vor Ort oder im Mehrweggeschirr zum Mitnehmen. Eine Versorgungsinfrastruktur, die Entlastung im Alltag, eine Absicherung gegen Ernährungsarmut und zugleich eine Förderung lokaler, nachhaltiger Produktion bietet.

### **Mobilität ist ein Grundrecht!**

Der Autoverkehr ist teuer für die Gesellschaft sowie für Autofahrer:innen selbst und führt zu einer hohen Belastung für das Klima, die Umwelt, Luftqualität, die Sicherheit sowie die allgemeine Lebensqualität. Unser Ziel ist daher eine Stadt, in der man auf das Auto nicht mehr angewiesen ist: alle wichtigen Orte des täglichen Lebens sollen in nur 15 Minuten zu Fuß erreichbar sein. Außerdem muss das öffentliche Verkehrsnetz gestärkt und kostenlos gemacht werden.

### **Gute Arbeitsverhältnisse sind ein Grundrecht!**

Wir fordern die 30-Stunden-Woche

ohne Lohnverluste und für alle! Dafür braucht es jedoch Druck auf die Bundespolitik. In Wien kämpfen wir für einen besseren Personalschlüssel in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Die Stadt Wien muss mit gutem Beispiel vorangehen und für die tausenden Lehrer:innen, Pfleger:innen und Sozialarbeiter:innen, die für sie arbeiten, endlich die 30-Stunden-Woche ohne Lohnkürzungen und bei vollem Personalausgleich umsetzen. Wir setzen uns auch für städtische Jobangebote für alle Arbeitssuchenden in sozial sinnvollen und gut bezahlten Jobs ein.

### **Soziale Absicherung ist ein Grundrecht!**

Der Kampf von Armutsbetroffenen für ihre soziale Absicherung ist harte Arbeit. Die Verwaltung des sozialen Netzes stellt ihnen viele Hürden in den Weg. Schikane der Betroffenen gehört zum Alltag. Auch hier spielt die Bundespolitik eine entscheidende Rolle. Aber auch hier kann die Stadt Wien viel tun, wenn sie nur will. In Wien sollen alle Schikanen gegen Sozialhilfe-Bezieher:innen abgeschafft werden, und ein existenzsichernder Mindestbetrag umgesetzt werden, sodass Bezieher:innen von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Pension ein gutes Auskommen bleibt. Statt verschiedenen Verantwortlichen, monatelangen Wartezeiten und unübersichtlichen Formularen für die Mindestsicherung wollen wir eine Stelle, die für alle Sozialleistungen und Förderungen in Wien – mit

fachlich kompetenter, unterstützender und mehrsprachiger Beratung – zuständig ist.

Wir stehen dafür, dass unsere Arbeit für ein schönes Leben ausreichen muss. Wir kämpfen für kürzere Arbeitstage, damit wir nach der Arbeit auch noch etwas vom Leben haben. Wir unterstützen alle, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken. Wir kämpfen für die Anerkennung und Aufwertung der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit. Wir helfen Arbeitenden und Erwerbslosen mit kostenloser Sozialberatung zu ihrem Recht zu kommen.

Unsere Ziele sind nicht allein kommunalpolitisch zu erreichen. Dennoch ist die Stadt Wien mit ihren unzähligen Betrieben eine Schlüsselakteurin – als Arbeitgeberin, Vermieterin, Energielieferantin, Betreiberin von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Kindergärten, Schulen usw.

Es ist Zeit für eine verantwortungsvolle Stadtpolitik, die Wien zu einer demokratischen und sozial gerechten Stadt umbaut und die Interessen aller Wiener:innen über Profite für Wenige stellt!



**Ihre Barbara Urbanic, Angelika  
Adensamer und Anna Svec  
Spitzenkandidat:innen  
Kommunistische Partei Österreichs  
LINKS Wien**

# **INHALT**

|                                               |    |
|-----------------------------------------------|----|
| 1. Leistbares Wohnen .....                    | 7  |
| 2. Gesundheit & Pflege .....                  | 10 |
| 3. Ein solidarisches Miteinander .....        | 12 |
| 4. Klimagerechtigkeit statt Profitlogik ..... | 14 |
| 5. Gerechte Bildung .....                     | 16 |
| 6. Feminismus und LGBTQI+ .....               | 18 |

# 1. LEISTBARES WOHNEN

Ein kleiner Teil unserer Gesellschaft profitiert mächtig mit Vermietung und Spekulation mit Wohnraum, den wir ausnahmslos alle brauchen. Dagegen hat die große Mehrheit hohe Kosten und Unsicherheit zu schultern. Die Mieten sind mit der Teuerung explodiert, ohne eine Mehrleistung der Vermieter:innen. Mietpreisbremsen gibt es für private Mieten nicht. Zusätzlich befeuern befristete Verträge die Mietpreisspirale, während sie gleichzeitig das Abhängigkeitsverhältnis verschärfen. Das „Wohnparadies Wien“ ist ein Mythos, der auf längst vergangenen Errungenschaften baut – und zusehends bröckelt.

Pensionist:innen trifft die Teuerung bei den Mieten besonders stark. Junge Menschen finden oft keine leistbare Wohnung für die Haushaltsgründung. Alleinerziehende haben höheren Platzbedarf und geringere Einkommen. Frauen in Gewaltbeziehungen können diese oft nicht verlassen, weil keine leistbare Wohnung zu finden ist. Auch Überbelegung und Einsamkeit in den eigenen vier Wänden sind von wachsender Bedeutung.

Gutes Wohnen muss allen Teilen der Bevölkerung möglich sein. Statt Instrumente wie die Wohnbauförderung

oder die Wohnungsgemeinnützigkeit wirklich zu nutzen und in unserem Interesse weiterzuentwickeln, finden wir uns in einer Stadt wieder, in der Kapitalinteressen die Interessen derer, die eine Wohnung brauchen, ausstechen.

## ***Deshalb fordern wir:***

### **1. Eine Gemeindebau-Offensive im Wohnbau!**

Großflächige Wiederaufnahme der Errichtung von Gemeindewohnungen, auch durch die Überbauung von Brachflächen wie Supermärkten + Einrichtung eines Landeswohnfonds aus den Erträgen der Wohnbauförderungsabgabe, die zweckgewidmet nur mehr in den öffentlichen Wohnbau fließen dürfen + lückenlose Instandhaltung und Sanierung der bestehenden Wohnanlagen.

### **2. Regulierungen für den privaten Mietmarkt!**

Eine flächendeckende Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Mietzins-Obergrenzen + Wohn-Pickerl gegen Horror-Häuser: Wer eine Wohnung in Wien vermieten will, muss

mit dem Pickerl den bewohnbaren Zustand des Hauses feststellen lassen und alle drei Jahre erneuern + Vergesellschaftung von Horrorhäusern und Spekulationsbauten, die in unbewohnbarem Zustand sind.

Beratungsprogramms für Mieter:innen + Etablierung des Housing-First-Prinzips + Eindämmung von Kurzzeitvermietung (z.B. AirBnB) + Ende der Widmung von Einfamilienhäusergebieten in Wohngebieten der Bauklasse I.

### **3. Spekulation den Riegel vorschieben!**

Schluss mit Public-Private-Partnerships + eine zeitgemäße Widmungspolitik mit Verunmöglichung von Profit durch Widmungsgewinne + Bodenabgabe für aus Spekulationsgründen zurückgehaltenes ungenutztes Bauland.

### **5. Etablierung von Finanzierungsmodellen für die Wohnpolitik!**

Infrastrukturabgabe zur Finanzierung des öffentlichen Wohnbaus sowie des öffentlichen Verkehrs und wohnungsnaher Grundversorgung + eine wirk-same Leerstandsabgabe mit Zweckbindung für den öffentlichen Wohnbau.

### **4. Sicherheit für Mieter:innen!**

Verbesserte Wohnungssicherung und Delogierungsprävention + Ausweitung eines öffentlichen Hilfs- und





Die KPÖ und LINKS beginnen den Wahlkampf mit den Schlüsselthemen leistbares Wohnen und soziale Politik sowie einer Ausweitung des Wahlrechts in Wien.

# 2. **GESUNDHEIT & PFLEGE**

Gesundheit ist weit mehr als eine Frage des individuellen Wohlbefindens. Sie ist eng mit den sozialen Verhältnissen verbunden – Armut, schlechte Wohnverhältnisse und Einsamkeit machen krank. Die Realität der Zwei-Klassen-Medizin in Österreich zeigt deutlich, wie sehr das Gesundheitssystem dem Profitzwang unterworfen ist. Der kostenlose Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung und Betreuung wird auch in Wien zusehends schlechter.

Zusätzlich zur angespannten Personallage in den Spitälern des Wiener Gesundheitsverbunds verschärft sich die Situation auch im niedergelassenen Bereich. Während nur mehr ein Viertel der Wiener Ärzt:innen einen Vertrag mit der ÖGK hat, wächst die Zahl der teuren Wahlärzt:innen. Besonders groß ist der Mangel bei Frauen- und Kinderärzt:innen sowie im psychiatrischen Bereich. Folgen sind lange Wartezeiten auf Facharzttermine sowie überlastete allgemeinmedizinische Ordinationen und Spitalsambulanzen. Zudem leidet die Pflege in Spitälern und Einrichtungen unter steigendem Effizienzdruck. Viele Pfleger:innen arbeiten am Limit, bis

sie den Beruf ganz aufgeben. Pflege in häuslicher Umgebung wird entweder von überlasteten Angehörigen, gehetzten mobilen Pfleger:innen oder unterbezahlten 24-Stunden-Betreuer:innen aus Osteuropa geleistet, die fast keine soziale oder arbeitsrechtliche Sicherheit haben.

Die Pflege- und Gesundheitskrise betrifft uns alle ausnahmslos. Wien braucht ein kostenloses, sicheres und tragfähiges Gesundheitswesen, das den sozialen Zusammenhalt stärkt, statt Menschen gegeneinander auszuspielen – ein System, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt!

## **Wien braucht:**

### **1. Eine flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung!**

Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen wie Primärversorgungszentren + Aufbau einer Gesundheitsdrehscheibe nach Grazer Vorbild, auch für Menschen ohne Versicherung + Erhalt kleinerer Spitäler statt anonymer Gesundheitsfabriken und Reevaluierung der Spitalskonzepts 2030 + Investitionen in die lebenslange Vorsorge.

## **2. Gendergerechte Medizin!**

Gezielte Förderung und Finanzierung von Forschung im Bereich der geschlechtersensiblen Medizin + Ausbildung und Sensibilisierung angehenden medizinischen Personals im Umgang mit sexueller Gewalt + kostenlose Schwangerschaftsabbrüche in allen Spitälern des Wiener Gesundheitsverbund mit gynäkologischer Abteilung.

## **3. Barrierefreie Medizin!**

Ausbau der Präventionsangebote in einkommensschwachen Bezirken + Aufbau von niederschweligen psychotherapeutischen Angeboten und Aufstockung der Psychotherapie-Plätze auf Kasse + Festanstellung von Dolmetscher:innen in allen relevanten Sprachen über den Wiener Gesundheitsverbund.

## **4. Echte Unterstützung für chronisch kranke Menschen!**

Ausbau von Community Nursing, z.B. zur Bürokratieunterstützung + multimodale Schmerz- und Langzeittherapie als Kassenleistung + flexiblere Arbeitsmodelle und angepasste Arbeitszeiten für chronisch Kranke in städtischen und kooperierenden Betrieben + bessere Anerkennung und Behandlung von Long COVID und ME/CFS + Fortbildung von medizinischen Gutachter:innen nach internationalen wissenschaftlichen Standards.

## **5. Attraktive Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen!**

Ausbau und Förderung der Ausbildungsplätze und Nostrifizierungsoffensive + gerechte Bezahlung und optimale Arbeitsbedingungen bei reduzierter Wochenarbeitszeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich im Wiener Gesundheitsverbund + ein fixer und angemessener Personalschlüssel in der stationären Pflege.

## **6. Entlastung und Absicherung pflegender Angehöriger!**

Kostenlose Schulungen sowie psychosoziale Unterstützungsangebote + Anstellungsoption für pflegende Angehörigen – Schutz Angehöriger vor Altersarmut und Wahlfreiheit für Pflegebedürftige sicherstellen!

# **3. SOLIDARISCHES MITEINANDER**

Politische Teilhabe setzt grundlegende soziale Bedingungen voraus. Finanzielle Sicherheit, die Deckung der Grundbedürfnisse (wie Wohnen, Essen, Kleidung noch einiges Andere) sowie einen niederschweligen Zugang zu Informationen und demokratischen Prozessen.

Wir wollen eine Stadt, die allen Wiener:innen mit ihren verschiedenen Geschichten und Erfahrungen Lebensqualität und politische Teilhabe ermöglicht. Noch ist die Realität eine andere: Die Beteiligung der Bevölkerung bleibt allzu oft ein zahnloses Lippenbekenntnis. Und selbst das formelle Wahlrecht bleibt vielen Menschen vorenthalten. Ein Drittel der Menschen, die in Wien leben und alt genug sind, um zu wählen, haben kein Wahlrecht. Hält dieser Trend an, werden das 2050 über die Hälfte der Stadtbevölkerung sein. Zwar können EU-Bürger:innen auf Bezirksebene wählen, doch für Drittstaatsangehörige entfällt sogar hier das Mitbestimmungsrecht. Das ist eine demokratiepolitische Bankrotterklärung. Die Hürden für den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind in Österreich besonders hoch. Viele Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, erhalten sie nicht. Ein großer Anteil der

österreichischen Staatsbürger:innen würden selbst an dem geforderten Mindesteinkommen scheitern.

Zu diesen strukturellen Hürden gesellt sich für viele Wiener:innen die Erfahrung von alltäglichem Rassismus – beim AMS, den Magistraten, beim Zugang zu Gemeindewohnungen und am Wohnungsmarkt, bei Polizeikontrollen u.v.m.

Wir stellen uns gegen Diskriminierung und rechte Abschiebenfantasien! Wir bekennen uns dazu, dass die Stadt Wien die Verantwortung hat, Menschen auf der Flucht ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. In diesem Sinn wollen wir Wien zu einem sicheren Hafen für Geflüchtete machen.

## ***Ein wirklich demokratisches Wien braucht:***

### **1. Echte Mitsprache im Grätzl**

Die Entwicklung unserer Grätzl darf nicht den Investor:innen überlassen werden. Die Menschen in Wien müssen bei Bauprojekten und Stadtplanung in ihrem Grätzl mitreden dürfen, sei es bei der Markthalle am Naschmarkt, beim Bau des Westbahnparks oder der Eventhalle in St. Marx. Dabei

darf es nicht bei zahnlosen „Partizipationsprozessen“ bleiben, echte Mitbestimmung heißt, dass Politik auch wirklich im Interesse der Bevölkerung gemacht wird.

## **2. Ein Wahlrecht für Alle!**

Wahlrecht auf Gemeindeebene für alle Menschen, die seit einem Jahr ihren Lebensmittelpunkt in Wien haben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit + Wahlinformationen in leichter Sprache.

## **3. Einen Abbau von Hürden zur Erlangung der Staatsbürgerschaft!**

Senkung der Gebühren und schnellere, transparente Verfahren, um den Menschen in Wien unabhängig bundespolitischer Reformen den Zugang zum Wahlrecht schnellstmöglich zu erleichtern.

## **4. Ein Recht auf Spracherwerb und Teilhabe!**

Gratis Deutschkurse statt segregierter Deutschförderklassen + erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber:innen + gemeinsam erarbeitete, einheitliche Lehrpläne im Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Gleichzeitig müssen Ämter und das Gesundheitssystem der Mehrsprachigkeit unserer Stadtbevölkerung gerecht werden.

## **5. Schutz vor Diskriminierung!**

Konsequenzen bei rassistischer Diskriminierung durch Behörden + Gleichstellung im Zugang zum Gemeindebau. Wir stellen uns gegen sexistische Kopftuchverbote und segregierte Deutschklassen in der Schule und wollen stattdessen gut ausgestattete Gesamtschulen und Bildung zur Selbstbestimmung.

## **6. Teilhabe an Kultur!**

Erhebung welche Anteile der Stadtbevölkerung aktuell von den Kulturangeboten ausgeschlossen sind und Entwicklung von Strategien zur Verbesserung des Zugangs zu kulturellen Angeboten + Bereitstellung von öffentlichen Freiflächen für Kulturveranstaltungen inklusive entsprechender Infrastruktur (Strom, WCs...) + Fair Pay-Modelle im Kunst- und Kulturbereich ausbauen und stärken.

# **4. KLIMAGERECHTIG- KEIT STATT PROFITLOGIK**

Schon heute sehen wir deutlich die bedrohlichen Auswirkungen des Klimawandels: Extremwetterereignisse und Überschwemmungen zerstören Existenzen. Hitzewellen verwandeln unsere Wohnungen in Backöfen. Arbeit unter freiem Himmel wird durch Höchsttemperaturen lebensgefährlich. Und auch sonst gibt es mehr Hitzetote als jemals zuvor. Wien kann nur dann ein sicherer Ort sein, wenn wir uns vor der Klimakatastrophe schützen können.

Ein Wirtschaftssystem, das auf permanentem Wachstum und Profit aufbaut, kann keine echte Klimawende herbeiführen. Seit Jahrzehnten ist das Problem bekannt, doch die politischen Maßnahmen sind rar und kommen zu spät. Kein Wunder, denn den größten Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen nur wenige Superreiche: Die 50 führenden Milliardäre produzieren in 90 Minuten mehr CO<sub>2</sub> als ein durchschnittlicher Mensch in seinem ganzen Leben. Würde sich jeder Mensch so verhalten wie die obersten 1-Prozent, wäre das gesamte Kohlenstoffbudget der Menschheit in weniger als 5 Monaten aufgebraucht. Eine soziale, gerechte und konsequente Klimapolitik

muss daher bei Einschränkungen der Emissionen der Reichsten beginnen.

Aber was bedeutet das in Wien? Ein Großteil der Wiener:innen lebt in schlecht isolierten Mietwohnungen, in denen man im Winter friert und im Sommer schwitzt. In vielen Bezirken mangelt es an Begrünung, Schattenplätzen und Abkühlungsmöglichkeiten. Durch die konjunkturelle Bedeutung der Bauindustrie wird die Bodenversiegelung nur unzureichend eingeschränkt. Statt nachhaltiger Lösungen entstehen Neubau-Betonwüsten, die erst im Nachhinein teuer renaturiert werden. Und auch die SPÖ-Pläne zum Bau des Lobautunnels zeigen die tiefgreifende Problematik des Systems "Weiter-so".

***Wir fordern eine echte Klimapolitik, die in Wien schon morgen beginnen kann:***

## **1. Kühle Wohnungen – Sanieren auf Kosten der Vermieter:innen!**

Sanieren, Isolieren, Dämmen und Begrünen, finanziert durch jene, die von den Mieten profitieren. Förderungen müssen mit einem Zuweisungsrecht

für Wohnungssuchende verbunden werden.

## **2. Eine Lobau ohne Beton!**

Sofortiger Stopp des umweltschädlichen Lobau-Tunnel-Projekts + Umschichtung der vorgesehenen zwei Milliarden in den öffentlichen Verkehr.

## **3. Gratis Öffis statt Autoverkehr!**

Ein kostenloses, gut ausgebautes, barrierefreies, engmaschiges öffentliches Verkehrsnetz + Schließung des S-Bahn-Rings + Entsiegelung und Begrünung statt neuer Parkplätze + Ausbau von ökologisch nachhaltigen Park- & Ride-Anlagen.

## **4. Sharing is Caring!**

Ausbau von öffentlich unterstützten Car-Sharing-Systemen, um PKWs in

der Stadt zu reduzieren + Steigerung des Angebots an Sozial- und Sammeltaxis + Ausbau von Radwegen und Sharing-Systemen für Fahrräder

## **5. Keine dritte Piste!**

Stopp des Baus der dritten Piste am Flughafen Wien Schwechat + Landeverbot für Privatjets + Flüge für inner-österreichische Strecken einstellen.

## **6. Flächenbezirke ökologisch denken!**

Erhalt von Agrarflächen und gewerblichen Gärtnereien + Schaffung neuer Kleingartenflächen und öffentlicher Gärten + Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften innerhalb Wiens + Bekenntnis zu einem grünen Ring um Wien – Stopp der Betonierung von Kagran, Seestadt und Rothneusiedl, wo es nicht um Gemeindebau geht.

# 5. **GERECHTE BILDUNG**

Wien soll ein Ort werden, an dem Bildung nicht vom Kontostand der Eltern oder von der Herkunft abhängt. Wir kämpfen gemeinsam für eine Stadt, in der jedes Kind die besten Entwicklungsmöglichkeiten hat und die beste Bildung bekommt. Die Herausforderungen sind nicht nur auf das Schulsystem beschränkt. Wien braucht von der frühkindlichen Förderung bis hin zur Erwachsenenbildung ein ernsthaftes Programm, das die Probleme klar adressiert: Überforderung der Mitarbeiter:innen, Kinderarmut, Flucht und psychische Erkrankungen spitzen sich im Bildungssektor besonders zu. Gesellschaftliche Fehlentwicklungen werden für alle sichtbar gemacht. Bildung ist eine Klassenfrage. Der Zugang wird nach wie vor vererbt und kann nicht losgelöst von den sozio-ökonomischen Lebensrealitäten der Menschen betrachtet werden.

Wir fordern die gleichen Rechte für alle Menschen in dieser Stadt ein. Für alle Kinder und Jugendlichen: ein Recht auf gleiche Chancen und Bildung unabhängig von Wohnort, Herkunft und Einkommen der Eltern. Für alle Eltern und Erziehungsberechtigten: ein Recht auf Unterstützung in

allen Lebenslagen, insbesondere in den ersten Monaten der Elternschaft. Für alle Mitarbeiter:innen im Bildungssektor: mehr Mitsprache, gerechte Bezahlung und optimale Arbeitsbedingungen. Für alle Personen in Ausbildung zu pädagogischen Berufen: ein Recht auf praxisbezogene, vollwertige Ausbildung statt provisorischer Anstellungen und Burnout.

## ***Es braucht:***

### **1. Einen guten Start in den Kindergarten!**

Personaloffensive in der Elementarpädagogik mit höherer Bezahlung + Ausbau öffentlicher Kindergärten statt Förderung privater Träger

### **2. Eine zusammenhängende Bildungsstrategie für alle Kinder!**

Gezielte Förderung bereits ab dem Kindergartenalter und eine engmaschige Vernetzung zwischen Kindergarten, Volksschule und Sekundarstufe + Ausbau von Ganztagschulen und Einführung einer gemeinsamen inklusiven Schule aller 6- bis 15-Jährigen

### **3. Genug Fachpersonal an den Schulen!**

Bestmögliche Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte, z.B. flächendeckende Unterstützung durch Schulärzt:innen, -sozialarbeiter:innen und -psycholog:innen + Entlastung der Lehrkräfte durch administratives Personal und Freizeitpädagog:innen

### **4. Zeit und Raum, um auf Bedürfnisse der Schüler:innen einzugehen!**

Landesweite Evaluierung und Neuaufstellung der Deutschförderung + Reform der Ausbildung für Inklusionspersonal und Anstellungsoffensive. Verringerte Klassengrößen in Schulen

### **5. Beste Rahmenbedingungen für's Lernen!**

Zeitgemäße, barrierefreie Schulgebäude mit Bewegungsräumen und Gärten + frisches, gesundes und kindgerechtes Essen gratis in allen Bildungseinrichtungen + Anstellung von Personal für Assistenz und Nachmittagsbetreuung ausschließlich über die Stadt Wien

### **6. Unterstützungsangebote für alle, die sich um Kinder kümmern!**

Kostenlose Elternbildungsprogramme + berufsbegleitende Supervision und Coaching-Angebote für Pädagog:innen und Schulleiter:innen

# 6. **FEMINISMUS UND LGBTQI+**

Es hat sich viel getan, was die formale Gleichberechtigung von Frauen und LGBTQI+ Personen angeht, doch von einer tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Gleichstellung und dem Ende von geschlechtsspezifischer Gewalt sind wir noch weit entfernt. In den letzten Jahren erleben wir zudem massive gesellschaftliche Rückschritte, die queere und feministische Errungenschaften bedrohen. Die zahlreichen Femizide in Österreich sowie die aktuell aufgedeckten Fälle von Gewalt gegen schwule Männer durch ein rechtsextremes Netzwerk sind nur die Spitze des Eisberges.

Im neoliberalen Kapitalismus wird die Sorge- und Hausarbeit größtenteils privat und überwiegend von Frauen getragen. Alternativ wird sie zu niedrigen Löhnen und unter schlechten Bedingungen an Migrant:innen ausgelagert. Für Frauen bedeutet unbezahlte Sorgearbeit oft finanzielle Einbußen im Berufsleben, das Risiko von Altersarmut aufgrund niedriger Pensionen und die wirtschaftliche Abhängigkeit von ihren Partner:innen. Dabei ist diese oft unsichtbare Arbeit die unverzichtbare Grundlage unserer Gesellschaft. Kindererziehung und die

Pflege von Angehörigen dürfen nicht in Armut führen.

## ***Daher fordern wir:***

### **1. Gewaltschutz!**

Ausbau von Gewaltprävention ab dem Schulalter + bessere Vernetzung der relevanten Stellen im akuten Gewaltschutz + Ausbau von Frauenhäusern und Gewaltschutzeinrichtungen für LGBTQI+ Personen.

### **2. Ein Kontingent an Wiener Wohnen-Wohnungen,**

die direkt von den Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzeinrichtungen an Gewaltbetroffene nach Akutbetreuung vergeben werden können, ohne die Kriterien und Vergabeprozess von Wiener Wohnen erfüllen zu müssen.

### **3. Selbstbestimmung!**

Jede Person muss ihr Geschlecht einfach und unbürokratisch selbst bestimmen dürfen.

### **4. Diskriminierungsschutz!**

Ausbau vom Diskriminierungsschutz für queere Menschen auch im Zugang

zu Gütern und Dienstleistungen + Ausbau des Angebots von Wohnprojekten, Pflegeheimen usw. für LGBTQ+ Senior:innen.

## 5. Chancengerechtigkeit!

Förderung von Wiedereinstieg und Weiterbildung für Frauen nach längerer Familienzeit, insbesondere über 50 + Ausbau von Elternzeitmodellen, die Väter stärker einbinden + echte Gratis-Kindergärten inklusive Mahlzeiten für alle Kinder unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern + Anrechnung von Sorgearbeit bei Pensionszeiten und -höhe

# KPÖ & LINKS

***kpoe.at***  
***links.wien***

**Impressum:**  
**Kommunistische Partei Österreichs**  
Drechslergasse 42, 1140 Wien  
info@kpoe.at



Vertreterinnen der KPÖ Wien auf der Demonstration zum 08. März

**KPO' &  
LINKS**

***kpoe.at – links.wien***